

Die Stimme

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Erscheint wöchentlich einmal, je Freitag.
Sie beziehen durch alle Postämter.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion des „Die Stimme“ an S. Warholt, Elm a. D., Poststr. 47, Telefon 1448.
Für den Gewerksverein des Gewerksvereins bestimmten Postkasten sind zu abonnieren:
Postamt des Gewerksvereins Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Abonnementspreis an M. G. H. M. G. Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Postfach-Nr. 20 201 beim Postamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720.

Anzeigen, die sechsfach gestaltete Beilage 1 Mk., für den Werbemarkt 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Der Sieg des Unverstandes.

Wenn man sich auch an vieles gewöhnt hat, greift es uns doch kalt ans Herz angefaßt der ungeheuerlichen Beschlüsse der Ministerkonferenz in Paris. Nach den Vorschlägen von Seydoux, nach Boulogne und Brüssel hat auch der größte Verrückte mit einem solchen Sieg des Unverstandes nicht gerechnet. Die Machthaber der Ententestaaten stellen an Deutschland Forderungen und Zumutungen, die weder mit den Bestimmungen des „Friedensvertrags“, noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. Was sie wollen, ist in Kürze folgendes: Deutschland soll binnen 42 Jahren Raten von 2-6 Milliarden Goldmark als Entschädigung zahlen. Also 220 Milliarden Goldmark, das sind etwa 3000 Milliarden Papiermark. Diese Zahlungen werden durch eine Laxe von 12 Prozent des heutigen Außenhandels vermehrt. Deutschland kann Vorauszahlungen in der Form von Pfandbriefen leisten und erhält für diese Zahlungen 8 bis 6 Prozent Skonto. Die deutschen Steuern und die Abgaben aus Ein- und Ausfuhr bilden das Unterpfand für dieses Abkommen. Die Zolleinnahmen werden von einem besonderen Ausschuss überwacht. Sie können als Sanktion von den Alliierten gesperrt werden. Der Wiedergutmachung steht zudem das Recht zu, die Zolltarife zu erhöhen.

Deutschland hat im Monat 2200000 Tonnen Kohlen zu liefern. Die Vorschriften an Deutschland sollen aufgehoben werden und die Goldmarkprämien zur Qualitätskohle auf 2 Goldmark pro Tonne ermäßigt.

Für die Entwaffnung ist vorgesehen, daß bis zum 15. April die Reichswehr auf die vorgeschriebene Zahl (100000) herabgesetzt wird. Bis zum 22. Februar muß das noch vorhandene Kriegsmaterial abgeliefert sein. Die Einwohnerwehren für bis zum 30. Juni aufzulösen. Als Sanktionen sind vorgesehen: Ausdehnung der Besetzung deutschen Gebietes, Verlängerung der Besetzung der schon besetzten Gebiete, wirtschaftliche Besinnahme des linken Rheinufers und Weigerung der Alliierten Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen.

Diese „Wiedergutmachungsforderungen“ sind für das deutsche Volk unannehmbar. Auch die Arbeiterschaft muß härtesten Protest erheben gegen diesen Mißbrauch der Gewalt.

Die Annahme oder Durchführung derartiger Entschädigungsforderungen würde zur völligen Verelendung führen, unser Wirtschaftsleben wäre erdrückt und wir nur noch die Lohnsklaven des Ententekapitalismus. Furchtbar wäre die Arbeitslosigkeit und damit der Hunger und das Elend. Darum können wir solchen Wahnsinn nicht mitmachen. Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht. Mit einer Rundgebung, deren Ziel und Geschlossenheit durch die Redner der Extreme von rechts und links, nicht wesentlich vermindert werden konnte, hat die deutsche Arbeiterschaft Stellung zu den Pariser Beschlüssen der Alliierten genommen. Der Reichstag hat sich durch die Erklärungen der Fraktionen, die die überwältigende Mehrheit des Volkes vertreten haben, entschlossen hinter die Regierung

gestellt, die zwar die unerfüllbaren Forderungen ablehnt und nur die Entwaffnungsbedingungen annimmt, die wir mit der Unterzeichnung des „Versailler Diktats“ übernommen haben. Die Regierung will versuchen, annehmbare und erfüllbare Bedingungen zu erreichen. Sie lehnt nicht jede Verhandlung mit der Entente ab, wie es die Katastrophopolitiker der Rechten wollen, sucht auch kein Bündnis mit Sowjetrußland und damit einen neuen Krieg, wie ihn die Kommunisten wollen, sondern will durch Gegenvorschläge nochmals versuchen, ob sich nicht Wege und Mittel

Die Stunde der Entscheidung für Ober- und Ostmark rückt heran. Nach den überwältigenden Siegen des Despotismus in der Nord- und Ostmark steht das Vaterland verunsichert dem Kampfe seiner ober- und ostpreussischen Volksgenossen entgegen. 700 Jahre lang bewährte Sitte und Kultur werden auch in kühnen Zeiten die Feuerprobe bestehen. Kein Land kann sich mit Deutschland messen in der Fürsorge für die sozial Schwachen, in den Einrichtungen für die Fortbildung der werktätigen Bevölkerung. Wie jeder andere Stamm wird auch der Oberschlesier im Rahmen des Deutschen Reiches sein Eigenleben führen können. Er wird wissen, wohin er gehört. Nur bei Deutschland kann Oberschlesien gedeihen.
Koch,
Reichsminister des Innern.

finden lassen, die uns und auch die Welt vor dem Verderben bewahren. Doch auch bei solchen Versuchen bestimmt die Leistungsfähigkeit unseres Volkes die Grenze: Bis hierher und nicht weiter! Der Präsident des Reichstags schloß die Aussprache über die Erklärung der Regierung zu den Forderungen der Entente mit folgenden treffenden Bemerkungen:
„Mögen die Gegner auch die Worte des Reichstags hören, damit ihnen und uns die Laten erspart bleiben, die eintreten könnten beim Versuch einer gewaltsamen Durchsetzung dieser unmöglichen Forderungen. Die Forderungen entsprechen vielleicht dem naiven Glauben, daß die Arbeitskraft des deutschen Volkes unverwundlich bleibe auch bei den größten Drangsalierungen. Das was der Fremde in gut versorgten Lokalen sieht, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindegliedern 400 kein Hemd anhaben, wo die Mutter den hungernden Kindern kein Brot mehr geben kann, da zeigt sich das Elend des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine warnende Stimme erhoben. Wird es überhört, dann treffen die Folgen nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch die, die sie herbeigerufen haben.“
Bl.

Die bisherigen Leistungen Deutschlands an die Entente.

Ausmaß u. Wirkungen des Friedensvertrags.

Die Leistungen Deutschlands an die Vertragsgegner setzten schon mit dem Abschluß des Waffenstillstandes ein. Sie fanden durch den Friedensvertrag ein erhöhtes Ausmaß und haben bereits im Wirtschaftsleben und nun auch in den Verhältnissen der Privaten so tiefe Eingriffe mit sich gebracht, daß die ganze Schwere des Friedens heute allen erkenntlich wird. Nicht nur das Gewerbe und die Industrien haben sich einzuschränken, auch die Haushalte fühlen den Kohlenmangel. In der Landwirtschaft herrscht Mangel an Vieh und Geräten, das Handelsleben Deutschlands ist durch den Verlust von Verkehrsmitteln, der Eisenbahnen und vor allem der Handelsflotte lahmgelegt. Bis zum heutigen Tage ist es noch nicht möglich, den vollen Wert der bisherigen Leistungen aus dem Friedensvertrag und dem vorangegangenen Waffenstillstand festzustellen. Die Vermögensobjekte, die bisher abgeliefert wurden, konnten noch nicht alle zur Entschädigung angemeldet werden. Sodann unterliegen die eingehenden Vermögenswerte den verschiedensten Bewertungen. Ein endgültiges Bild von den bisherigen Leistungen kann also noch nicht gewonnen werden. Die Reichsregierung hat dennoch auf Grund von einwandfreien Belegen alle bisher getätigten Leistungen, die gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages nach ihrer Aufforderung der Regierung auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden müssen, festgestellt und in einer Denkschrift niedergelegt. Nach den Berechnungen erreicht die Gesamtleistung Deutschlands an die Alliierten einen Betrag von rund 21,2 Milliarden Goldmark. Diese Summe übersteigt die Forderung des Friedensvertrages, wonach Deutschland bis zum 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark zu leisten hat.

An erster Stelle der deutschen Leistungen steht das Guthaben der preussischen Verwaltung für Kohlenlieferungen, die an Frankreich aus den fiskalischen Saarbergwerken getätigt wurden, mit rund 200000 Goldmark. Weit wichtiger ist der Posten, der das abgelieferte Eisenbahnmateriale betrifft. Die deutsche Regierung hat in den abgetretenen Gebieten einen großen Wagenpark zurücklassen müssen, und darüber hinaus legten der Waffenstillstand und Friedensvertrag zur Lieferung von Eisenbahnmateriale hohe Verpflichtungen auf. Es wurden beispielsweise überlassen: Lokomotiven 1266 Stück, Personenzüge 1814 Stück, Güterwagen über 20000 Stück. Daneben wurde auch eine stattliche Anzahl von Bahnpostwagen überlassen. An die Alliierten selbst, insbesondere an Frankreich und Belgien, hat Deutschland rollendes Material der gleichen Art abgeliefert. So an Lokomotiven 5016 Stück, Personenzüge 8892 Stück, Güterwagen usw. 139000 Stück. Dieses rollende Material mußte in einem Zustand der höchsten Betriebsbereitschaft mit allen Ersatzteilen und sonstigen gebräuchlichen Geräten geliefert

werden. Daneben waren auch Signalstationen und Werkstätten mitzuliefern. Es ist ersichtlich, wie sorgsamst die vertraglichen Bestimmungen aufgesetzt sind, um eine vollkommene Leistung zu erzielen. Die Lieferungen an die Entente aus diesem Verpflichtungskreis erreichten hier allein einen Wert von rund 1,6 Milliarden M. Dieser Verlust an den wertvollsten Maschinen und Wagen traf Deutschland kurz nach dem Waffenstillstand sehr schwer. Die Leistungen waren während der Demobilisierung zu bewirken, und es war das vorzüglichste Material herzugeben. Ein guter Teil der Zerrüttung des Verkehrs und mit ihr der finanziellen Auswirkungen, jene gewaltigen Milliardenbesätze der Eisenbahn, ist mit auf die kurzfristige und anspruchsvolle Auslieferung jener Materialien zurückzuführen. Sie hat nicht nur verkehrspolitische Störungen hervorgerufen, sondern auch den Aufbau des Eisenbahnwesens und Verkehrs erschwert. An dritter Stelle führt die Deutsche die Leistungen auf, die Deutschland schon auf Grund des Waffenstillstandes (Trierer Abkommen vom 16. Januar 1919) an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten an Frankreich tätigte. Es wurden vom Febr. 1919 bis Ende Juli 1920 unter anderem 75 Dampfpflüge, 336 Motorpflüge, 4516 Karrenpflüge, sodann 5305 Kultivatoren, sodann Milchparatoren u. Buttermaschinen, Schaufeln, Dreschmaschinen usw. mehr geliefert. Der Gesamtwert dieser Lieferungen beläuft sich auf rund 29 Millionen Goldmark.

So beachtlich auch diese Verluste für die deutsche Wirtschaft waren, so konnte von ihnen eine katastrophale Wirkung nicht befürchtet werden, weil es der deutschen Industrie gerade auf diesem Gebiete möglich war, die erlittenen Verluste allmählich wieder einzuholen. Die ehemaligen Kriegsindustrien haben sich umgestellt und zum Teil sich auf die Fabrikation von Eisenbahnwaggons, Lokomotiven usw., wie auf landwirtschaftliche Geräte gelegt. Dadurch konnten die wirtschaftlichen Störungen beseitigt werden.

Einen ganz anderen Charakter trägt jedoch der Verlust der deutschen Handelsflotte. Deutschland hat nach dem Friedensvertrag den Verbündeten seine gesamte Handelsmarine, soweit sie über 1600 Bruttotonnen pro Fahrzeug beträgt, abzuliefern, sodann die Hälfte der Fahrzeuge zwischen 1000—1600 Tonnen und schließlich ein Viertel seiner Schlepper und Fischerboote. Die Ablieferung — es darf angesichts dieser Bestimmungen wohl gesagt werden — der ganzen Handelsflotte, war so vollständig durchzuführen, daß nicht allein alle Fahrzeuge in deutschem Besitze, sondern auch alle Fahrzeuge deutschen Besitzes, die unter anderen Flaggen fahren, abgeliefert werden müssen.

Der Friedensvertrag begnügte sich jedoch nicht allein mit dieser Forderung. Er legte darüber hinaus Deutschland die Verpflichtung auf, für fünf Jahre hindurch seinen Schiffneubau der Entente zur Verfügung zu stellen. Deutschland hat die Schiffstypen nach Angabe der Entente auszuführen und jährlich bis 200 000 Tonnen abzuliefern. Die deutsche Handelsflotte umfaßte vor dem Kriege rund 5,2 Millionen Bruttoregister-tonnen. Sie ist heute nicht größer als 300 000 Tonnen. Darunter befinden sich nur zwei oder drei seegehende Schiffe.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung mehr, von welcher verhängnisvollen Wirkung dieser Verlust ist. Die deutsche Handelsflotte ist von dem Meere weggeführt, und auf Jahre hinaus wird Deutschland nicht in der Lage sein, seinen einstigen blühenden Handelsverkehr auf eigenen Schiffen durchzuführen. Von unermäßigem Schaden ist die Wirtschaft durch diesen Verlust betroffen. Deutschland kann mit Uebersee keinen eigenen Warenaustausch aufnehmen, keine Handelsbeziehungen müssen daniederliegen. Hierzu kommt, daß Deutschland gezwungen ist, gerade jetzt in der schwersten Zeit fremde Fracht zu nehmen und sie in fremder Währung zu bezahlen. Früher bildeten die Einnahmen aus dem Frachtverkehr der deutschen Handelsflotte einen sehr wertvollen Posten in der Zahlungsbilanz Deutschlands, ein Guthaben, aus dem Ab-

rechnung und Rohstoffe bezahlt werden konnten. Wenn Deutschland nun in die Rechnung einen Gegenwert von 7,3 Milliarden Goldmark einsetzt, so drückt diese Zahl weiter nichts aus als den einfachen Sachwert der früheren deutschen Handelsflotte. Dabei möge es unerörtert bleiben, ob dieser Sachwert nicht viel zu gering angesehen ist. Weit wesentlicher ist es, daß der große volkswirtschaftliche Wert, der in der Handelsflotte lag, zahlenmäßig gar nicht erfasst werden kann, es sei denn, daß er mit einigen hundert Milliarden M veranschlagt wird.

In der Aufstellung sind dann die industriellen Maschinen und andere Gegenstände, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, aufgeführt. Sie stellen zum vorwiegenden Teil auch den Ersatz dar für die Maschinen und maschinellen Anlagen, die von deutscher Seite während des Krieges den französischen und belgischen Eisenbahnwerkstätten entnommen wurden und die ihrer Natur nach nicht zurückgeführt werden konnten. Hierfür ist vorerst ein Gesamtbetrag von annähernd einer Million Goldmark in Ansatz gebracht. Dieser Posten fällt nicht stark ins Gewicht. Deutschland hatte dann bekanntlich eine statl. Anzahl v. lebenden Tieren nach Frankreich abzuführen, vor allem das vorzüglichste Zucht- und Nutzvieh. Es wurden bis jetzt Pferde (40 700 Stück), Rinder (184 000 St.), Schafe und Ziegen (156 000 Stück), Hühner und Gänse (35 000 Stück) geliefert. Nach dem Vertrag hat Deutschland rund 416 000 Stück Vieh zu liefern, von denen bereits über 360 000 Stück abgenommen wurden; der Gesamtwert beläuft sich hierbei auf 237 Mill. Goldmark.

(Schluß folgt.)

Die Kommunisten im Holzarbeiterverband.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der soziald. „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe vom 5. Februar 1921 folgendes:

„In einem Flugblatt an die Berliner Holzarbeiter wird zur Vorstandswahl aufgefordert. Die darin enthaltenen Ausführungen fordern dazu heraus, die Kommunisten einmal genauer anzusehen.“

Wer ist revolutionär: In der Vorkriegszeit hat man in der Arbeiterbewegung von den kommunistischen Schreibern keinen gekannt. In der Kriegszeit ließen sich viele von den Rüstungsbetriebern rekrutieren und waren den Unternehmern gegenüber die größten Kriecher. Erst nach Kriegsende, als es nicht mehr gefährlich war, erwachte der revolutionäre Trieb und ihre alte Abneigung gegen Partei- und Gewerkschaftsorganisation entwickelte sich zu Kampfesstalten, die die Arbeiterschaft auseinanderriß und dem Unternehmertum und den kapitalistischen Parteien die entschundene Macht wieder in die Hände spielte.

Die „Gewerkschaftsbureaucratie“ wollen die Kommunisten beseitigen. Warum? Um sich selbst an diese Stelle zu setzen. In allen Verwaltungen, wo sie die Leitung besitzen, haben sie sich nicht nur als noch größere „Bureaucraten“ entpuppt, sondern sich auch als unfähig erwiesen. Daß ihre Leute nicht einmal eine ordnungsmäßige Kassenführung verstehen, entschuldigt die „rote Fahne“ damit, daß alle Vierteljahre mit den Personen gewechselt wird. Handelt es sich natürlich um Nichtkommunisten, sollen die Funktionäre jederzeit abberufen und oft durch frisches Blut ersetzt werden.

Gegen Arbeitsgemeinschaft und Bettelpolitik der Instanzen geht der Kampf der Kommunisten. Gegen das Unternehmertum haben die kommunistischen Führer in keiner Verwaltungsstelle des Verbandes, wo sie Einfluß haben, etwas ausgerichtet. Sie müssen sich immer vom Hauptvorstande und den Gauleitern den Karren aus dem Dreck ziehen lassen. Persönlich blamieren sie sich auch den Unternehmern gegenüber, lassen sich überlisten und geben den ganzen Einfluß ihrer Gewerkschaft preis.

Unter den Wortführern der kommunistischen Berliner Holzarbeiter sind Leute, die sich

in dieser Zeit vom Unternehmer überreden lassen, ihre Ersparnisse zu einem Betriebsfonds für den Unternehmer zusammenzulegen. Auch das kommt vor, daß der kommunistische Verbandsangestellte einen Tarifabschluß mit den Unternehmern bei Sekt und Schweinebraten feiert. Wenn Kommunisten das tun, so ist das kein Vaktieren mit den Unternehmern. Unter einer kommunistischen Verbandsleitung haben die Mitglieder Gelegenheit, den revolutionären Kampf zu führen, und zwar 10- bis 20mal in einem Jahre als Proteststreik, Sympathiestreik, Demonstrationstreik und Generalstreik. Immer aus Idealismus und ohne Unterstützung. Wenn es dann wirklich einmal gilt, einen Fortschritt durchzuführen oder Volksrechte zu verteidigen, dann sind die Arbeiter abgekämpft. Durch die kommunistischen Kämpfe wird nichts erreicht, die Arbeiter bringen große Opfer und das Wirtschaftsleben wird immer mehr zerrüttet.

Der offene Brief der Kommunisten enthält an durchführbaren Forderungen nur solche, zu deren Durchführung wir schon lange den Kampf führen. Ihnen in diesem Kampfe die Führung zu übertragen, dazu sind sie denn doch zu unfähig.

Was haben die Kommunisten geleistet? Die gemeinsame Front der Arbeiter zerrissen, den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des arbeitenden Volkes vernichtet, die sozialdemokratische Partei gespalten und den Bruderkrieg unter den Arbeitern herbeigeführt. Wenn die kommunistische Partei erst genug Mitglieder hat, wird auch sie sich spalten. Zerstören und vernichten, was andere aufgebaut haben, das können auch die Dummsten.“

Unsere Kollegen kennen diese parteipolitischen Kämpfe, die nicht bloß im deutschen Holzarbeiterverbande, sondern überhaupt in den freien Gewerkschaften geführt werden. Sollen wir uns deshalb davon? Wir Gewerkschafter können froh sein, daß wir einen solchen Streit in unseren Reihen nicht haben. Wir wollen einig und geschlossen für die Verbesserung unserer Lebenslage sorgen.

□ □ □ □ Rundschau. □ □ □ □

Die Verhandlungen über den neuen Reichstarif

im Holzgewerbe, die am 1. Februar in Leipzig begonnen, sind nach längeren Beratungen bis zum 15. Februar 1921 ausgesetzt worden. Der bisherige Reichstarif, der am 15. Febr. ablaufen würde, ist bis zum 1. März 1921 verlängert.

Rechtsverbindliche Sägetarife.

Das Reichsarbeitsministerium hat auf Antrag zwecks Rechtsverbindlichkeit des III. Nachtrags zum Tarif für das bayerische Sägewerbe unterm 21. Januar 1921 folgenden Bescheid erlassen:

Der in Ergänzung dieses Tarifvertrages zwischen den Vertragsparteien, denen sich der Süddeutsche Sägewerksverein E. B. und der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung angeschlossen haben, am 18. November 1920 abgeschlossene Nachtrag III wird im gleichen Umfang wie der Tarifvertrag vom 18. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 19. November 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

J. A.: gez. Dr. S i z l e r.

Betreffend den Tarifvertrag für die Sägewerksindustrie im Gebiet der Freistaaten Württemberg und Baden erging unterm 21. Januar 1921 folgender Bescheid:

Die in Ergänzung dieses Tarifvertrages zwischen den Vertragsparteien abgeschlossenen Vereinbarungen vom 15. April, 29. Juli und 20. November 1920 werden gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) im gleichen Umfange wie der Tarifvertrag vom 14. Febr. 1920 für all-

gemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit der Vereinbarungen vom 25. April und 29. Juli 1920 beginnt mit dem 15. Juli 1920, die allgemeine Verbindlichkeit der Vereinbarung vom 20. November 1920, beginnt mit dem 1. Dezember 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

J. A.: gez. Dr. S i g l e r.

Sämtliche in Betracht kommende Kollegen wollen diese Bescheide merken u. für strikte Innehaltung der Tarife nun Sorge tragen.

Aus der Metallindustrie in Württemberg.

Die von den Arbeiterorganisationen unter dem 18. Januar gestellten Forderungen wurden als undurchführbar bezeichnet. Die Gründe liegen in der Verminderung der Belegschaft, Stilllegung einiger Betriebe und Einführung von Kurzarbeit. Mit der gegenwärtigen Situation, die als sehr ernst bezeichnet wird, werden sich die Organisationen der Arbeiter nächster Tage beschäftigen. Eine entgeltliche Lösung ist noch nicht getroffen.

Die deutschen Vorschläge über die Kohlenbelieferungen.

In der Denkschrift über die Kohlenfrage, die Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise von Paris überreicht hat, legt die deutsche Regierung die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spaa dar, weist die Unmöglichkeit einer Fortsetzung dieses Abkommens nach und macht Vorschläge über die Regelung nach dem 1. Februar 1921. Die erwartete Steigerung der deutschen Kohlenförderung ist nach der Denkschrift nicht eingetreten. Die Denkschrift führt die ungenügende Belieferung der deutschen Industrie vor, die mangelnde Versorgung des Hausbrands und die ungenügende Beschaffung von Bunkerkohle, infolge deren eine große Anzahl Fischdampfer in den deutschen Häfen aufliegen. Während die deutsche Industrie und die Gesamtwirtschaft unter der Kohlennot zu erliegen drohen, ist der Bedarf Frankreichs, wie aus zahlreichen französischen Veröffentlichungen hervorgeht, in vieler Beziehung hinreichend gedeckt. Bedeutende Lager sind in Paris und an anderen Verbrauchszentren und in den Häfen angesammelt. Deshalb glaubt die deutsche Regierung, daß kein Grund mehr besteht, die starken Lasten des Spaa-Abkommens fortzusetzen und macht unter der Voraussetzung, daß sich an der Kohlengrundlage Deutschlands nichts ändert, folgende Vorschläge für eine Dauer von sechs Monaten. Vom 1. Februar 1921 ab wird Deutschland den verbündeten Mächten eine Kohlenmenge von 72 000 Tonnen arbeitstäglich liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 25 Arbeitstagen 1 800 000 Tonnen im Monat ergibt. Im zweiten Teil der Denkschrift bittet die deutsche Regierung, die in dem Spaa-Abkommen festgelegte Zahlung von fünf Goldmark für die Tonne bestehen zu lassen und ferner eine weitere Entschädigung in bar zu gewähren, um die Unterschiede des Inlandspreises mit dem Weltmarktpreis etwas auszugleichen. Der dritte Teil der Denkschrift befaßt sich mit der Frage des Transports und erklärt eine Nachlieferung der in den letzten Monaten infolge Transportschwierigkeiten entstandenen Rückstände für unmöglich, da sie zum Teil durch höhere Gewalt, zum Teil durch Verfügungen der Wiedergutmachungskommission und der Empfangsländer selbst entstanden sind. In zwei Anlagen werden die deutschen Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung und die Verteilung der deutschen Kohlenenergie dargelegt.

Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1920.

Dem „Reichsarbeitsblatt“ zufolge entfielen in den deutschen Fachverbänden auf 100 Mitglieder an Arbeitslosen:

	1920	1919	1920	1919	1920	1919		
Januar	3,4	6,6	April	1,9	5,2	Juli	6,0	3,1
Febr.	2,9	6,0	Mai	2,7	3,8	Aug.	5,3	3,1
März	1,9	5,9	Juni	3,9	2,5	Sept.	4,5	2,2
Oktober	4,2	2,6	Nov.	3,9	2,9	Dez.	4,1	2,9

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ohne Angehörige belief sich am 1. Dezember 1920 auf 349 382 und stieg am 1. Januar

1921 auf 408 788. Das entspricht einer Vermehrung von 17 Prozent.

Selbstredend gewähren diese Zahlen kein volles Bild der Arbeitslosigkeit, da sie nur die organisierten Teil der Arbeiterschaft umfassen, hingegen die unorganisierten unberücksichtigt lassen.

Aus der Rechtsprechung.

Angestelltenversicherungspflicht der Oberjäger.

Das Oberschiedsgericht für Angestelltenversicherung hat mit Beschluß vom 8. Dez. 1916 (Altkenzeichen B. 133/16) den Oberjäger M. bei dem Sägewerk S. in R. als versicherungspflichtig erklärt. Aus den Gründen: Der Oberjäger M. hat die Sägerei und die Kistenmacherei, insbesondere den Maschinenraum, zu beaufsichtigen. Diese Abteilung umfaßt 15 Maschinen mit ungefähr 20 Leuten, darunter 12 Gatterjäger, welche in zwei Schichten arbeiten. — Wenn auch die eigentlichen Aufsichtsbefugnisse des Oberjägers der Zeit nach hinter den der körperlichen Arbeit zuzurechnenden Obliegenheiten zurückzutreten, so erhebt sich doch seine Stellung nach ihrer Gesamtheit über die eines Handarbeiters und bildet ein Mittelglied zwischen der eigentlichen Betriebsleitung und den Arbeitern. Schon die Aufsicht über die Maschinen bringt eine erhebliche Verantwortlichkeit mit sich; sie kann einem gewöhnlichen Handarbeiter nicht anvertraut werden, denn sie setzt Kenntnisse auf dem Gebiete des Maschinenwesens voraus, die der Handarbeiter nicht hat. Dasselbe gilt hinsichtlich der Obliegenheiten bezüglich des Holzes, das nach seinen verschiedenen Abmessungen auseinandergehalten und zurechtgelegt, für dessen richtige und geschickte Verwertung gesorgt werden muß. Für die gehobene Stellung spricht auch die Tatsache, daß der Oberjäger die einzelnen Aufträge, die ihm vom dem Betriebsleiter und Geschäftsführer übermittelt sind, an Arbeiter weitergibt und deren Ausführung überwacht. Dafür sprechen auch die Aufsichtsrechte, die Kontrolle der Arbeiter hinsichtlich der Arbeitszeit, der Einhaltung der Arbeitsordnung und der Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung im Arbeitsraume, schließlich auch die Höhe des Gehalts (140 M monatlich) und die vierteljährliche Kündigungsfrist. Nach alledem nimmt der Oberjäger eine Stellung ein, die derjenigen eines Werkmeisters näher steht, als derjenigen eines bloßen Vorarbeiters, die also als eine dem Werkmeister ähnliche Stellung bezeichnet werden muß. Damit ist die Versicherungspflicht gegeben.

Aus den Ortsvereinen.

Kaiserslautern. Der Ortsverband der Gewerksvereine Hirsch-Dunder hielt am 30. Jan. ab 4 Uhr eine gut arrangierte Familien-Unterhaltung ab. Schnell hatten sich die Kollegen mit ihren Familien eingefunden, so daß viele wegen Platzmangel wieder umkehren mußten. Nach einer kernhaften Ansprache des Vorsitzenden, der darin betonte, daß wir wohl kein Vergnügungsverein seien, sondern viel ernstere und wichtigere Ziele verfolgen, doch aber auch unseren Mitgliedern mit ihren Angehörigen die Gelegenheit geben wollen, sich einander zu nähern, kennen zu lernen und für einige Stunden die Alltags-Sorgen, die eben zahlreich sind, verschleichen zu können, folgten in abwechselnder Reihenfolge Musik, Gesang und Humor. Den gesanglichen Teil erledigten eine Anzahl Herren des Sängerkreises hier. Unter der taktvollen Leitung des Herrn Lehrer Becker trugen sie im Chor vor: „Das stille Tal“, „Liebchen im Grabe“, sowie „Wer soll dem Mägdlein winten“. In ausgeglichener Weise kam das gute Stimmmaterial voll zur Geltung, was der Beifall der Anwesenden zur Genüge bezeugte. Außerdem sang Herr Mangold desselben Vereins noch 5 Lieder, wobei er durch sein gutes Organ sich sehr rasch sämtliche Herzen eroberte, was aus den stür-

mischen Beifällen zu ersehen war. (Ein rheinisches Mädchen beim rheinischen Weine, ein Lied aus der Oper Martha) usw. Kurz gesagt, die Leistungen der Sänger war ein Kunstgenuß, der bei den Anwesenden noch lange nachwirken wird. Im humoristischen Teil erschien unser Kollege Schlosser und Spitz auf die Bühne. In sehr gut gewählter Garderobe trug Kollege Schlosser die Couples: Der Uhlmann, Der schöne Leopold und die große Pauken-Trommel vor, wobei er mit seinen gigantischen Bewegungen und ausgezeichneter Mimik die Lachmuskeln aller Anwesenden zur Explosion brachte. Alle waren sehr überrascht weil die meisten noch nicht wußten, daß dem Kollegen Schlosser ein solches vorzügliches Talent innewohnte. Auch Kollege Spitz verstand es vortrefflich, durch seine Darbietungen „Der kleine Topf“ alle in jüdischen Humor zu versetzen. Von 7½ Uhr ab wurde nun dem Tanzvergnügen gehuldigt, wobei man oft schon alte Kollegen wie in jugendlicher Frische die Tanzbeine schwingen sehen konnte. Bis zur Feierstunde hielten die Kollegen mit ihren Angehörigen in fröhlicher und gemüthlicher Stimmung aus und wird wohl diese Feier allen noch recht lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

Schramberg. Am Sonntag, den 30. Jan. hielt unser Ortsverein seine Monatsversammlung ab, in der der neue Geschäftsführer der Gewerksvereiner auf dem Schwarzwald, Kollege Küchler, anwesend war. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, hielt er uns einen ¾stündigen Vortrag über das Thema: „Die Arbeiterbewegung in den letzten 2 Jahren“. In klarer, leichtverständlicher Weise schilderte er die Entwicklung der Arbeiterbewegung nach der Revolution, wie sich besonders die freien Gewerkschaften die Erregung unter den Arbeitern zu Nutzen machten und wie dann die Hege revolutionärer Elemente und die enttäuschten Hoffnungen soziald. Versprechungen dazu führten, daß die Zersplitterung der Arbeiterbewegung sich vermehrte. Er wies auf die Fälle von Terrorismus hin, unter denen auch mancher Gewerkschaftskollege leiden mußte. Die sogenannten „gelben Gewerkschaften“ regten sich wieder als eine Folge vieler wilder Streiks. Mancher wurde durch dieses arbeiterzersplitternde Treiben abgestoßen, wurden nachlässig und hielten sich zurück. Wir Gewerksvereiner machen solche parteipolitische Streitereien nicht mit, wir wollen eine gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten, die auch wirklich den Arbeitern etwas nützt. Nur auf dem Boden der Grundzüge der Gewerksvereine wäre es möglich, alle Arbeiter zu einigen unter Achtung der ehrlichen Meinung der andern Kollegen. In der Aussprache würde die Notwendigkeit einer stärkeren Agitation betont. Jeder solle die Namen und Adressen von solchen Kollegen sammeln, die durch eine Agitation für uns zu gewinnen wäre. Kollege Küchler erklärte sich gern bereit, die Gesamtbewegung der Gewerksvereine zu unterstützen. Ein Kollege von uns machte den Vorschlag, daß jedes Mitglied sich fest vornehmen sollte, in Bälde mindestens ein neues Mitglied zu gewinnen, was gewiß zu begrüßen wäre. Nachdem noch verschiedene Punkte besprochen, konnte der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung schließen. Kollege Küchler, der auf alle Kollegen einen guten Eindruck machte, versprach, noch öfter in unsere Versammlungen zu kommen, dem wird es hoffentlich gelingen, die Gewerksvereinsbewegung auf dem Schwarzwald vorwärts zu bringen. R. Schauble.

An die Empfänger der „Eiche“.

Sobald sich die Adresse des Empfängers ändert oder mehr oder weniger Zeitungen gewünscht werden, ist dies sofort mitzuteilen an:

J. B a r n h o l t

Ulm a. D., Karlsstr. 47.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

Jahresbericht der Sterbekasse des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
für das Jahr 1920.

I. Von den Rechnungsstellen

Einnahme			Ausgabe		
	M.	S.		M.	S.
An Vortrag vom Jahre 1919	910	80	Per gezahlte Sterbegelder	5798	—
Eintrittsgelder	62	89	abgelöste Versicherung	4	99
Wochenbeiträge	7901	06	an die Vertrauensmänner	298	98
Aus der Hauptkasse	5193	—	an die Hauptkasse gesandt	7327	88
			Rassenbestand	703	—
Summa	14067	26	Summa	14067	26

II. Hauptkasse.

Einnahme			Ausgabe		
	M.	S.		M.	S.
An Vortrag	1170	57	Per zurückgesandte Gelder	5193	—
eingesandte Gelder	7327	33	Drucksachen und Utensilien	405	—
Beiträge von Einzelmitgliedern	227	76	Gehälter	6755	—
Zinsen von Kapitalien	3828	50	Entschädigung a. d. Hauptrevisoren	112	—
Verkaufte Wertpapiere	1880	10	direkt gezahltes Sterbegeld	400	—
			Versicherungstechn. Gutachten	267	—
Summa	14434	26	Steuern a. d. Aufsichtsamt	1	50
			Bankunkosten	1	20
			Rassenbestand	1249	56
			Summa	14434	26

III. Rechnungsstellen und Hauptkasse zusammen:

Einnahme			Ausgabe		
	M.	S.		M.	S.
An Vortrag vom Jahre 1919	2080	87	Per Sterbegelder	6183	—
Eintrittsgelder	62	89	abgelöste Versicherung	4	99
Wochenbeiträge	8128	82	Gehälter	6755	—
Zinsen von Kapitalien	3828	50	Entschädigung a. d. Hauptrevisoren	112	—
verkaufte Wertpapiere	1880	10	a. d. Vertrauensleute	298	98
			Versicherungstechn. Gutachten	267	—
Summa	15981	18	Drucksachen und Utensilien	405	—
			Steuern a. d. Aufsichtsbehörde	1	50
			Bankunkosten	1	20
			Rassenbestand	1952	56
			Summa	15981	18

Vermögens-Ausweis.

	Nennwert		Ankaufswert		Kurswert	
	M.	S.	M.	S.	M.	S.
5% Deutsche Reichsanleihe	74 000	—	72 263	47	57 350	—
4% Neue Berliner Pfandbriefe	12 000	—	11 200	16	11 340	—
Rassenbestand	1 952	56	1 952	56	1 952	56
Summa	87 952	56	85 416	19	70 642	56

Berlin, den 31. Dez. 1920.

G. Feist, Fr. Thunack, W. Pinkant,
Hauptrevisoren.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Stuhlflechtrohr!

natur, sofort lieferbar, prima Ware
Nr. 2 3 4 5
Mk. 67.— 64.— 57.— 50.— per Pfund
M. Walther, Dresden 22, Rehefelderstraße 53.

Alle Bahnen der Arbeit am Volke
Die Volksschule. Von Dr. R. v. Erberg 1.20
Staatsbürgerkunde u. Volksbildung. Von Prof. Dr. J. Ziehen 1.20
Erschaffung des Menschen in Euch (Vom Lehrer und vom
Kinde). Von Dr. Fr. Hörter 1.20
Naturwissenschaft und Volksbildung. Von Dr. J. Ziehen 1.20
Presse und Volksbildung. Von Dr. W. Cohnstiel 1.20
Zu beziehen vom Verlag Engelert & Schöffler in Frankfurt a. M.

Schabhobel

Friedensausführung mit einer Schraube mit Doppelleisen,
gebogenen od. geraden Griffen, 52 mm Eisenbreite, Std. 10.—
Ziehlingen 16.50 Mk., Erz-Eisen 3.— Mk., Ziehlingen
bis 70 mm breit 3.75 Mk., Bohrstiftler mit Aufschieber
6.50 Mk., Amerikanische Schiffshobel 160.— Mk. usw.
M. Walther, Dresden 22, Rehefelderstraße 53.

Unterstützt die Jugendbewegung!

Kollegen und Kolleginnen, schickt eure
schulentlassenen Töchter und Söhne in
unsere Jugendabteilungen und
sorgt für eine rege Jugendbewegung.
Wer die Jugend hat, dem gehört
die Zukunft! Agitationsmaterial
steht zur Verfügung. Anfragen sind zu
richten an den Hauptschriftführer des
Jugendbundes der Deutschen Gewerke-
eine G. Wegert, Berlin N.O. 55,
Marienburger Straße 28.

Jeder Arbeiter soll lesen: Die Befreiung des Arbeiters und der Arbeit.

Von Gerhard Hildebrand.

Ein Industriearbeiterprogramm auf der
Grundlage des Ausgleichs von Individualismus und So-
zialismus wird hier entwickelt, das bei der Befreiung
eine geordnete Fortentwicklung unseres
Wirtschaftslebens,
Unabhängigkeit und Ertragsicherheit
des Einzelnen

berbeitet.
Preis 5 Mk. zuzügl. Sortimenterzuschlag.

Verlag der „Hilfe“, G. m. b. H., Berlin NW. 40.

**Kollegen, werbet Mitglieder
für unsern Gewerkeverein!**